

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Dr. Jürgen Schmude MdB
zur deutschlandpolitischen
Verantwortung: Die leidige
Pflicht zum nüchternen Rea-
lismus.

Seite 1

Klaus Daubertshäuser MdB
zur Bonner Haltung gegen-
über kommunalpolitischen
Problemen: Regierung läßt
Städte und Gemeinden im
Stich.

Seite 3

Hermann Buschfort MdB
zum Erfordernis eines Ge-
samtkonzepts zur Pflegeko-
stenuordnung: Wie lange
müssen Bedürftige noch war-
ten?

Seite 4

Dokumentation:

Zitate, die die Bonner Rolle
im Konflikt um chemische
Abrüstung belegen.

Seite 6

43. Jahrgang / 34

19. Februar 1988

Die leidige Pflicht zum nüchternen Realismus

Deutschlandpolitische Verantwortung umfassend sehen

Von Dr. Jürgen Schmude MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Unsere Sympathie gehört den Ungeduldigen. Sie haben ja so recht mit ihren Demonstrationen gegen die Engstirnigkeit des DDR-Staatsapparats, mit ihren Forderungen nach Meinungsfreiheit und nach Freiheit von Schikanen und Drangsalierung. Und auch den Ausreisewilligen widersprechen wir nicht, wenn sie das Selbstbestimmungsrecht über ihren Wohnsitz und zumindest ein geregeltes Verfahren bei der Behandlung ihrer Ausreiseanträge verlangen.

Ihnen allen aber ist mit unserer Sympathie und auch mit unserem Protestgeschrei noch nicht geholfen. Sie brauchen eine Politik, die den auf ihnen lastenden Druck wirksam mindert und letztlich zur Lösung ihrer Probleme führt. Verantwortung dafür trägt vor allem die Führung in der DDR, trägt auch die Sowjetunion. Deswegen sind wir von Verantwortung nicht frei. Denn unsere politische Aufgabe ist, durch Zusammenarbeit, Ausbau der Beziehungen und auch durch Appelle den Einfluß auszuüben, der die Regierenden in der DDR auf einen Kurs vermehrter Freiheitlichkeit und Freizügigkeit drängt, ihnen diesen Kurs aber auch erlaubt.

Zur Stabilisierung eines doch vor allem an den eigenen Fehlern krankenden Systems sind wir nicht verpflichtet. Aber eine Spekulation auf Selbstaufgabe und Zusammenbruch wäre ebenso illusorisch wie zerstörerisch. Da mag uns von Experten aller Klassen noch so nachdrücklich versichert werden, die in der DDR gewährten kleinen Freiheiten und verbesserten Möglichkeiten ließen sich nicht zurücknehmen. Eine Eiszeit könne man sich dort nicht leisten. Denn: Die Auflösung des eigenen staatlichen Systems, die Herauslösung aus dem Ostblock erst recht nicht. Um so etwas zu verhindern, haben die damaligen Machthaber sogar den Griff zur Mauer nicht gescheut, und die heutigen halten an ihr fest.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Verwendet: Umwelt
mit wertvollem Recycling-
& recyceltes Papier



Viel ist im deutsch-deutschen Verhältnis in den letzten fünfzehn Jahren erreicht worden, vor allem zum Vorteil für die Menschen im geteilten Deutschland. Das soll weitergehen, in möglichst großen Schritten, aber nicht solchen, bei denen das Stolpern droht und der Rückschritt ins Haus steht.

Wer bei uns seine politische Handlungsweise darauf abstellt, ist weder Leisetreter noch Liebediener der Apparatschiks. Er nimmt seine Verantwortung so wahr, wie sie sich bisher als notwendig und erfolgversprechend erwiesen hat. Mit Verdächtigungen durch die Freunde des klaren Worts, des offenen Protests, der spontanen Aktion kann er leben. Mit dem Herzen ist er bei ihnen, mit der Vernunft aber muß er über die von ihnen gesteckten Horizonte hinausdenken.

Praktisch folgt daraus für uns in der Bundesrepublik Deutschland:

1. Die für ihre Menschen- und Bürgerrechte in der DDR eintretenden und demonstrierenden Frauen und Männer haben unser Verständnis und unsere Sympathie. Ansporn oder auch nur Ermunterung zu weiteren Aktionen sollten sie durch unser Reden und Handeln nicht erfahren. Daß der Vorwurf der Weststeuerung solcher Aktionen eine abwegige Erfindung für den DDR-Hausgebrauch ist, sei am Rande vermerkt.
2. Deutsche, die zu uns ausreisen, bleiben willkommen. Zur Zurückweisung oder auch nur zum Abmahnen sind wir weder rechtlich noch moralisch befugt. Gleichzeitig sehen wir sehr wohl, wie schwierig es objektiv für die DDR-Behörden wäre, jeden, der es will, ausreisen zu lassen, sobald er will. Und wir können uns vorstellen, daß kritisch-engagierte Bürger durch Aushalten und Weitermachen mehr zur Besserung der Lage in der DDR beitragen könnten.
3. Unsere besondere Zuwendung sollten diejenigen finden, die sich trotz aller Bedenken und aller Not zum Bleiben in der DDR entschließen. Jede Ausreise von Freunden oder sonst bekannten Personen stürzt sie in Zweifel und belastet sie psychisch. Das erklärt die heftigen Auseinandersetzungen mit den Ausreisewilligen. Wer bleiben will, sollte uns anmerken, daß wir seinen Entschluß respektieren und ihn darin unterstützen wollen. Ein deutliches Wort in diese Richtung, ein Brief, ein Besuch und anderes können sehr zur Stärkung dieser oft in schwieriger Anfechtung lebenden Menschen beitragen.
4. Die evangelische Kirche in der DDR geht in ihrer Aufnahmebereitschaft und Hilfeleistung bis an die Grenzen ihrer Möglichkeiten. Uns muß daran gelegen sein, daß sie dies weiterhin kann und nicht überfordert wird. Die Kirchenleitungen verdienen Anerkennung und Vertrauen. Jedenfalls von westlichem Boden aus sollten sie von Angriffen oder unzumutbaren Ansinnen verschont bleiben und stattdessen die Rücksichtnahme erfahren, um die sie im Interesse ihrer schwierigen Arbeit bitten.

(-/19.2.1988/rs/fr)

* * *

Bonn läßt Städte und Gemeinden im Stich

SPD fordert Grundkonzept für Verkehrsberuhigung

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Bummeln, wo früher Autos fuhren; in Ruhe auswählen, ohne zur Seite springen zu müssen; einkaufen ohne Hast, - die Geschäftsstraße als Kommunikationszentrum: Nur in wenigen Städten und Handelszentren ist das möglich.

Die Realität sieht meistens anders aus. Fußgänger und Kraftfahrzeuge kommen sich in den Einkaufsstraßen ständig in die Quere; wer vor Schaufenstern stehen bleibt, behindert den Verkehr auf den Gehwegen und zwingt andere Fußgänger zum gefährlichen Ausweichen auf die Fahrbahn.

Es gibt zu wenig verkehrsberuhigte Zonen in unseren Städten! Dabei wächst ständig das Interesse der Kommunen an einer Verkehrsberuhigung und der Schaffung von Fußgängerzonen. Allerdings schreckt man häufig vor den immensen Kosten zurück, mit denen solche Umwandlungen gewöhnlich verbunden sind.

Aber es geht auch billiger. Schlimm ist eben nur, daß jeder Magistrat, jeder Gemeindevorstand sein eigenes Süppchen kocht. Was fehlt, ist ein ausgefeiltes, kostensparendes Grundkonzept, das dann auf die jeweiligen Bedürfnisse angepaßt werden kann. Es besteht hier eine gute Möglichkeit partnerschaftlicher und ressort-übergreifender Zusammenarbeit zwischen Städtebau- und Verkehrsministerium.

Dort könnten Erfahrungen und Konzepte aller Städte mit Verkehrsberuhigung gesammelt und danach wirkungsvolle Methoden erarbeitet werden. Die Möglichkeiten dazu sind vorhanden, aber Bonn läßt Städte und Gemeinden im eigenen Saft schmoren! (-/19.2.1988/va-he/rs)

* * *

Wie lange müssen Pflegebedürftige noch warten?

Gesamtkonzept zur Pflegekostensuordnung erforderlich

Von Hermann Buschfort MdB

Bundvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt (AW)

Spätestens seit 1974 - also seit 14 Jahren - gibt es Vorschläge von den verschiedensten Organisationen zur Reform der Pflegekosten, gibt es die Erkenntnis, daß die jetzige Kostenregelung zur Pflegebedürftigkeit nicht gerecht und nicht verständlich ist. 1976 hat die Arbeiterwohlfahrt (AW) einen gleichsam historischen, vielbeachteten Kostendreiteilungsvorschlag für Heimpflegekosten der Öffentlichkeit vorgelegt (Pflegekostentragung durch die Krankenkassen beziehungsweise eine besondere Pflegeversicherung, Hotelkosten-Tragung durch die Heimbewohner sowie sozio-kulturelle Heimkosten und Investitionskosten durch die öffentliche Hand).

Seit nunmehr 14 Jahren haben Fachkreise und Sozialorganisationen auf dieses größte sozialstaatliche Defizit unseres Sozialleistungssystems hingewiesen, daß das Pflegerisiko als Lebensrisiko nicht durch unser Sozialleistungssystem abgedeckt ist und Pflegebedürftige mit ihrem Einkommen und Vermögen und das ihrer engsten Anverwandten selbst aufkommen müssen, auch wenn sie jahrzehntelang oder lebenslang Sozialversicherungsbeiträge gezahlt haben.

Sowohl in der sozialliberalen Koalitionszeit, wie auch bis heute, hat leider keine Bundesregierung ein Gesamtkonzept zur Pflegekostenneuordnung vorgelegt, obwohl alle Parteien seit Jahren eine Reform als absolut notwendig bezeichnen. Dies gilt auch für die bisher bekanntgewordenen Pläne der Bundesregierung im Rahmen der sogenannten Strukturreform des Gesundheitswesens, die sich nur mit der ambulanten Pflege ansatzweise befassen.

Pflegebedürftige und ihre Angehörigen können dies seit Jahren nicht verstehen. Immerhin wurden 1985 nach der letzten BSHG-Gesamtstatistik 467.000 Pflegebedürftige, davon 252.000 in Heimen und 215.000 in eigener Häuslichkeit sozialhilfebedürftig, erhielten Hilfe zur Pflege nach dem BSHG.

Deshalb appellierte die Arbeiterwohlfahrt in ihrem Grundgesetzprogramm vom Oktober 1987 eindringlich an die noch ausstehende Reform und forderte die Pflegekostentragung als Pflichtleistung für die Krankenkassen nach der Reichsversicherungsordnung oder eine gesonderte Pflegeversicherung, die von den Krankenkassen wahrgenommen wird.

Wichtige Einzelvorschläge der Arbeiterwohlfahrt:

- Einführung einer „Pflegeversicherung“ für alle Bürger, die einkommensabhängige Versicherungsbeiträge zu zahlen haben.
- Die Pflegeversicherung zahlt die Kosten für die ambulante, teilstationäre und stationäre Pflege für die Pflegebedürftigen aller Altersgruppen.
- Bei nicht nur vorübergehender ambulanter Pflege wird ein angemessenes Pflegegeld gezahlt, das bei gleichzeitiger professioneller Pflegeleistung angemessen gekürzt wird.
- Bei Heimunterbringung hat der Pflegebedürftige die Kosten für Unterkunft und Verpflegung („Hotelskosten“) selber zu zahlen.
- Die Kommunen beziehungsweise die örtlichen Sozialhilfeträger tragen im Rahmen ihrer Daseinsvorsorge (wie bei Altagestagesstätten) die sozialen/kulturellen Heimkosten.
- Die öffentliche Hand übernimmt in angemessener Höhe die Investitionskosten für Pflegeheime, Tagespflegeheime und ambulante sozialpflegerische Dienste, die insoweit nicht Bestandteil der Pflegesätze beziehungsweise der Pflegekosten werden.
- Gemeinden beziehungsweise Sozialhilfeträger haben federführend mit den Kosten- und Einrichtungsträgern den Gewährleistungsauftrag beziehungsweise öffentlichen Sicherstellungsauftrag, für ein ausreichendes Netz qualifizierter Pflegedienst zu verwirklichen.

Diese Reformvorschläge würden nach Ansicht der AW bei ihrer Verwirklichung keine „Sogwirkung“ zur Heimunterbringung hin auslösen, weil ambulante Pflege unter Mitwirkung aller Beteiligten weiterhin Vorrang haben muß. Die Arbeiterwohlfahrt ist davon überzeugt, daß die Mehrzahl der betroffenen Bürger bereit ist, für diese bessere soziale Absicherung einen höheren Versicherungsbeitrag zu leisten, wenn ihnen die erkennbaren Vorteile eines besseren Versicherungsschutzes verdeutlicht werden. Sie fordert alle Parteien auf, endlich ein Gesamtkonzept zu entwickeln und Schritte zu ihrer Realisierung in die Tat umzusetzen.

Eile ist geboten!

(-/19.2.1988/vo-ha/rs)

* * *

DOKUMENTATION

Die Bonner Rolle im Konflikt um chemische Abrüstung

Äußerungen aus den Regierungsparteien, die die Fehleinschätzung dokumentieren, eine Zustimmung der Bundesregierung zur Aufnahme chemischer Waffen in das NATO-Streitkräfteziel und zur Produktion neuer binärer chemischer Waffen fördere den chemischen Abrüstungsprozeß:

„Die Produktion neuer chemischer Waffen ist und bleibt eine nationale Entscheidung der Vereinigten Staaten von Amerika. Die Frage, ob es überhaupt zur Produktion und Einsatzfähigkeit neuer binärer chemischer Waffen der Vereinigten Staaten kommen wird, liegt allerdings in der Verantwortung aller an den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz in Genf beteiligten Staaten. Der amerikanische Kongreß hat die Endfertigung neuer chemischer Waffen bis zum 1. Dezember 1987 aufgeschoben und davon abhängig gemacht, daß es bis dahin noch kein umfassendes Abkommen über das Verbot chemischer Waffen gibt. Es gibt keinen Grund, ein solches Verbot nicht zeltgerecht zu erreichen, wenn alle in Genf Beteiligten ihren Worten jetzt Taten folgen lassen.“

Außenminister Genscher in der Bundestagsdebatte am 15.5.1986

„Die Sowjetunion hat es in der Hand, indem sie das gleiche tun, was die Amerikaner getan haben, indem sie sich endlich zu Kontrollmaßnahmen bereit finden. Dann wird es niemals zu einer solchen Produktion kommen.“

Verteidigungsminister Wörner in der Bundestagsdebatte am 15.5.1986

+ + +

Äußerungen der SPD, die voraussagten, daß eine Zustimmung der Bundesregierung zur Aufnahme chemischer Waffen in das NATO-Streitkräfteziel und zur Produktion neuer binärer chemischer Waffen den chemischen Abrüstungsprozeß gefährden kann:

„Im Namen der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion fordere ich Sie deshalb zu einer offiziellen Erklärung auf, daß die Bundesregierung eine Stationierung dieser Waffensysteme in der Bundesrepublik ablehnen wird... Ich gehe davon aus, daß eine solche Stellungnahme der Bundesregierung geeignet sein könnte, auf die letzte Phase des Entscheidungsprozesses im amerikanischen Kongreß einzuwirken.“

SPD-Fraktionsvorsitzender Dr. Hans-Jochen Vogel in einem Brief an Bundeskanzler Kohl vom 30.8.1983

„Es ist kein Zweifel: wann die Bundesregierung dieses Streitkräfteziel ablehnt, über das heute und morgen entschieden werden soll, dann wird der Kongreß kein grünes Licht für die Produktion neuer binärer Waffen geben.“

Egon Bahr in der Bundestagsdebatte am 15.5.1986

„Es ist praktisch kaum vorstellbar, daß dieselben militärischen Eliten, die sich mit der Forderung nach chemischen Waffen für das Einsatzspektrum der NATO gerade durchgesetzt haben, nicht auch einflußreich genug wären, eine weltweite chemische Abrüstung auf die lange Bank zu schieben. Sie werden sich die Waffen nicht mehr ohne weiteres nehmen lassen wollen, die sie aus klar erkennbaren Gründen jetzt bekommen.“

Dr. Hermann Scheer in der Bundestagsdebatte am 15.5.1986

(-/19.2.1988/vb-he/rs)

* * *